



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 29.06.2017, 18:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 5

Ersatzbeschaffung eines LKW mit Kipper und
Ladekran für die Grünpflege und
Sportplatzunterhaltung der TDL

Vorl.Nr. 234/17

Beschluss:

Die Technischen Dienste Ludwigsburg – Bereich Fuhrpark – beschaffen für die Grünpflege und Sportplatzunterhaltung einen neuen LKW mit Kipper und Ladekran als Ersatz für ein auszumusterndes Altfahrzeug.

Dieser Beschaffungsvorgang wird öffentlich ausgeschrieben nach VOL. Der Kaufpreis einschließlich Mehrwertsteuer für den LKW mit Kipper wird bei ca. 145.000 € liegen, für den Ladekran bei ca. 65.000 €. Die Summe für das komplette Fahrzeug beläuft sich damit auf ca. 210.000 €.

Nach der Submission und Auswertung der Angebote wird die Beschaffung dem BTU zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM Iik begrüßt zum öffentlichen Teil des BTU auch die Zuseher und die Presse. Er ruft Tagesordnungspunkt 5 auf.

Ein Sachvortrag sei nicht vorbereitet, die relevanten Informationen stünden in der Vorlage. BM Iik gibt die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Laut der Umwelterheblichkeitsprüfung handele es sich beim Neufahrzeug um einen Euro-6-Diesel. Stadträtin Burkhardt möchte wissen, ob es eine Alternative mit Elektro-Motor gibt.

Herr Schroff (Technische Dienste Ludwigsburg) führt aus, dass es einen Lkw mit Ladekran nicht mit elektrischem Motor gebe. Im Moment sei keine bessere Möglichkeit auf dem Markt.

TOP 5

Ersatzbeschaffung eines LKW mit Kipper und

Vorl.Nr. 234/17

Ladekran für die Grünpflege und
Sportplatzunterhaltung der TDL

Auf die Frage von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit, was mit dem Altfahrzeug passiere, antwortet Herr Michel (Technische Dienste Ludwigsburg), dass dieses verkauft werde, vermutlich eher ins Ausland.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, stellt BM IIk die Vorlage 234/17 zur Abstimmung.

TOP 6

Sanierung Kinderspielplatz Leinfeldener Straße
- Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 245/17

Beschluss:

Die Firma Sievers Garten- und Landschaftsbau, Planckstraße 14, 71691 Freiberg a.N., erhält auf der Grundlage des Angebots vom 23.05.2017 den Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Sanierung des Kinderspielplatzes Leinfeldener Straße in Ludwigsburg West.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	141.519,18 €
+ Unvorhergesehenes (ca. 10,0 %)	14.480,82 €

Vergabesumme brutto **156.000,00 €**

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, stellt BM IIk die Vorlage 245/17 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Firma Bietigheimer Gartengestaltung GmbH, Bauhofring 19, 71732 Tamm, erhält auf der Grundlage des Angebots vom 19.05.2017 den Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten für die Außenanlagen (Bauabschnitt 1) Altes Schulhaus Poppenweiler (Lembergschule), Erdmannhäuser Straße 1.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	231.690,66 €
+ Unvorhergesehenes (ca. 7 %)	16.309,34 €

Vergabesumme brutto	<u>248.000,00 €</u>
----------------------------	----------------------------

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft Tagesordnungspunkt 7 auf und stellt fest, dass auf Sachvortrag verzichtet werden könne.

Stadträtin Liepins stellt die Frage, ob der Parkplatz zwischen Lembergschule und Kinder- und Familienzentrum erst aufgelöst werde, wenn die Straße fertiggestellt werde. Dies bejaht Frau Schmidtgen (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen).

BM Ilk stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorgetragen werden und stellt die Vorlage 248/17 zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Für eine Stichstraße im Stadtteil West, Baugebiet Kleingärten Römerhügel (Bebauungsplan 026/05) wird folgender Namen festgelegt:

Römeraue

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf und berichtet, dass die Verwaltung intensive Überlegungen für die Benennung der Straße angestellt habe.

Stadtrat Noz gibt zu bedenken, dass es in Pflugfelden keine Belege für eine Besiedlung der Römer gebe. Es seien Zeugnisse der Kelten gefunden worden. Von daher halte er die Bezeichnung für nicht ganz erklärbar, trotzdem erhalte die Vorlage seine Zustimmung.

BM Ilk antwortet, dass es bereits die Keltenstraße gebe. Die Benennung „Römeraue“ sei in Anlehnung an die Flurbezeichnung Römerhügel entstanden. Sodann stellt er die Vorlage 238/17 zur Abstimmung.

Beschluss:

Folgender Auftragserweiterung für Bauleistungen zur Generalsanierung der Schulgebäude Seestraße 37 wird zugestimmt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19 % MwSt. = Zusätzlicher Auftragswert + ca. 15%
1	Zusätzliche Putz- und Spachtelarbeiten, Bauabschnitt 1	Sico Ausbau & Fassade GmbH Welfenstraße 6 70736 Fellbach	335.000,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Im Anschluss ruft BM Ilk den Tagesordnungspunkt 9 auf. Er berichtet, dass es um Nachtragsvergaben für die Sanierung am Goethe-Gymnasium gehe. Man wolle hier das Gremium über den aktuellen Stand informieren. Zur weiteren Erläuterung gibt er das Wort an Herrn Weißer.

Herr Weißer (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichtet, dass die Stuck-Firma seit Dezember Probleme bei der Leistungserbringung aufweise. Ohne Rücksprache habe die Firma das Personal auf der Baustelle reduziert, bis sie die Arbeiten ganz einstellte. Zwischenzeitlich sei die Firma nicht erreichbar gewesen. Nach Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen habe man der Firma teilgekündigt. Das Nachfolgegewerk, das die Arbeiten ebenfalls ausführen könne, habe übernommen und eine Teil-Nachtragsvergabe innerhalb der Verfügungsgrenzen des Bürgermeisters habe stattgefunden. So seien größere Verzögerungen abgewendet werden. Das erweiterte Nachtragsangebot müsse nun der Ausschuss beschließen. Die Verwaltung versuche, die durch die Ersatzmaßnahme entstandenen Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Firma geltend zu machen. Außerdem werde die Verwaltung die Vertragserfüllungsbürgschaften zurückhalten und versuchen, die Stadt möglichst schadlos zu halten.

Auf die Frage von Stadtrat Noz nach den Auswirkungen auf das Gesamtvorhaben antwortet Herr Weißer, dass es eine Verzögerung von ca. 2-3 Monaten durch die unvorhersehbare Beseitigung und Entsorgung von bleihaltiger Farbe entstanden sei. Die Probleme der Stuckfirma hätten weitere 3-4 Wochen ergeben. Somit könnten die ersten beiden Obergeschosse nun nicht wie vereinbart zum Schuljahresanfang in Betrieb gehen. In Verbindung mit dem zweiten Bauabschnitt seien allerdings immer genügend Räume zur Verfügung.

Stadtrat Juraneck merkt an, dass die Situation schwierig sei und auch Kosten für die Nachfolgegewerke entstünden. Er fragt, inwieweit Möglichkeiten bestehen, die Mehrkosten zurückzuholen und ob die Firma noch existiere.

TOP 9

Goethe Gymnasium, Seestraße 37
- Auftragserweiterung, Sico GmbH, Zusätzliche
Putz- und Spachtelarbeiten, Bauabschnitt 1

Vorl.Nr. 223/17

Laut Herrn Weißer existiere die Firma noch. Insgesamt bleibe man im Kostenrahmen der Gesamtmaßnahme. Der Schaden solle so gering wie möglich gehalten werden.

Sodann stellt BM Ilk die Vorlage 233/17 zur Abstimmung.

TOP 10	Neuordnung des Areals Bildungszentrum West - Grundsatzbeschluss / Planungsauftrag Verwaltung - Art des Auswahlverfahrens "Planen und Bauen" - Vergabe der Planungsleistungen für die Wettbewerbsbetreuung	Vorl.Nr. 224/17
--------	--	-----------------

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Raumprogramms für die Neuordnung der Gebäude und Außenflächen des Areals Bildungszentrum West eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
2. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen 2-stufigen Verfahren zur Auswahl von Planung und Bau wird zugestimmt.
3. Der Vergabe der Leistungen für die Betreuung des Generalplanerwettbewerbs (Stufe I) an das Büro Dornier Consulting wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung einstimmig gefasst.

TOP 10	Neuordnung des Areals Bildungszentrum West - Grundsatzbeschluss / Planungsauftrag Verwaltung	Vorl.Nr. 224/17
--------	--	-----------------

- Art des Auswahlverfahrens "Planen und Bauen"
 - Vergabe der Planungsleistungen für die Wettbewerbsbetreuung
-

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf und betont, dass es bei der Vorlage um den Grundsatzbeschluss über die weitere Planung des Bildungszentrums West gehe. Er bittet Herrn Weißer, die Thematik vorzustellen.

Herr Weißer (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anhand einer Präsentation die Planungen zur Neuordnung des Bildungszentrums-West. Diese liegt der Niederschrift bei. Die Planungen für den neuen Campus seien eine Großmaßnahme, die viele Ressourcen und Kapazitäten binden würden. Immerhin seien am Bildungszentrum 1700 Schüler. Ein Unsicherheitsfaktor in der gesamten Planung sei die etwaige Schadstoffbelastung. Das vorgeschlagene Verfahren sieht zwei Stufen vor, zum einen ein Generalübernehmerverfahren, zum anderen die EU-weite Ausschreibung. Ziel sei über die gesamte Bauphase funktionierende Schulen vor Ort zu haben. Durch die Ausschreibung wolle man auch das Ideenpotential für die Baumaßnahme aktivieren. Abschließend geht er auf den Zeitablauf ein.

Nach dem Sachvortrag eröffnet BM Ilk die Fragerunde.

Stadtrat Noz bezeichnet das Bauvorhaben als ein Vorhaben, das komplex wie noch nie sei, noch dazu bei Umbau im laufenden Betrieb. Den Umbau an einen Generalübernehmer zu vergeben, berge auch Risiken. Es solle geprüft werden, ob es auch andere Möglichkeiten gebe. Wichtig seien vor allem kompetente Fachplaner und Bauleiter. Insgesamt begrüßt die Fraktion die Vorgehensweise und wünscht Glück und Erfolg für die Baumaßnahme.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit lobt die gute Struktur der Ausschreibung. Es werde keine leichte Sache werden in den nächsten zehn bis zwölf Jahren. So könnten Störungen auftreten und neben dem laufenden Schulbetrieb würden vermutlich vor allem die Ferien für intensive Bauphasen genutzt. Im Hinblick auf die Kosteneinhaltung sei vermutlich ein Generalübernehmer vorteilhaft. Am Beispiel der Halle Hoheneck könnten die Erfahrungen daraus einfließen. Zu achten sei auch auf die Qualität der ausführenden Firmen.

Stadtrat Juranek gibt an, dass die Schulgebäude vor 45 Jahren von einem berühmten Architekten geplant wurden, nun stehe der Abriss an. Das Bauvorhaben sei eine Herkulesaufgabe was die Komplexität in Architektur, Städtebau und in der Abstimmung mit dem Schulbetrieb angehe. Er fragt, ob das Verfahren so komplex sein müsse und ob es nicht besser wäre, einen Wettbewerb auszuschreiben, und im späteren Stadium ebenfalls Kostensicherheit zu haben. An die Gesamtplanung würden viele verschiedene Anforderungen gestellt. Eine denkbare Möglichkeit sei aus seiner Sicht, den Sportplatz mit der neuen Schule zu überbauen und anschließend den Sportplatz zu verlegen. Für die Stadt bedeute die gesamte Baumaßnahme eine finanzielle Belastung; die Generalübernehmer-Lösung jedoch eine personelle Entlastung der Verwaltung.

Stadtrat Rothacker schließt sich den Lobeshymnen der Vorredner für die weiteren Planungen an. Es handele sich um eines der größten Vorhaben für Ludwigsburg. Aus seiner Sicht sei in den Gebäuden Schadstoffbelastung vorhanden und es werde eine lange Bauzeit geben. Die Erhaltung des Sportplatzes sei für ihn existentiell wichtig für den Sportzweig am Otto-Hahn-Gymnasium. Er sollte daher nicht überbaut werden. Stadtrat Rothacker bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Umbau funktionieren wird.

TOP 10

Neuordnung des Areals Bildungszentrum West
- Grundsatzbeschluss / Planungsauftrag
Verwaltung

Vorl.Nr. 224/17

- Art des Auswahlverfahrens "Planen und Bauen"
 - Vergabe der Planungsleistungen für die Wettbewerbsbetreuung
-

Eine Riesenaufgabe bezeichnet Stadträtin Burkhardt den Umbau des Bildungszentrums West. Das Endergebnis sollte so gestaltet sein, dass es nicht nach 40 Jahren wieder erneuert werden müsse. Sie vermutet eine starke Schadstoffbelastung im Untergrund des ehem. Kasernengeländes. Sie bittet um Stellungnahme der Verwaltung, ob der Untergrund voruntersucht wurde.

Stadtrat Remmele regt an, die jetzt stattfindenden Leitungsarbeiten in der Kurfürstenstraße für Vorbereitungen für den Umbau des Bildungszentrums zu nutzen. Dies werde üblicherweise bei Leitungsarbeiten so gehandhabt, bestätigt BM Ilk.

Am Anschluss beantwortet Herr Weißer die Fragen aus dem Gremium. Das ganze Karree sei Wettbewerbsgebiet. Der Sportplatz sei auf dem Gelände gesetzt, gleichwohl sei die Stadt offen für Vorschläge aus dem Wettbewerb, keine Variante sei von vornherein ausgeschlossen. Um das Gelände und den Sportplatz mitzuplanen, seien unter den Fachplanern auch Landschaftsplaner. Der Punkt 1 des Beschlussvorschlags sieht vor, die Stadt zu beauftragen, die Planungen zu vergeben. Die Stadt werde selbst nicht die Planungen erstellen. Es folge dann der Auslobungsbeschluss. Die Entwurfsplanung werde mit dem Planungsteam erarbeitet, ein möglicher Generalübernehmer werde dann in die Werkplanung einsteigen und sein Knowhow einfließen lassen. Möglich seien auch Konsortien, damit lasse sich ausschließen, dass sich nur die großen Generalübernehmer, die sich häufig bewerben, auf die Ausschreibung melden. Zu den Schadstoffen gibt er an, dass Bohrungen im Boden stattgefunden hätten, große Flächen des Areals seien aber überbaut. Beim Umbau des Geländes vor 50 Jahren sei der Boden großflächig ausgetauscht worden. Allerdings hätten damals andere Standards gegolten. Die Unsicherheit der Schadstoffbelastung werde in die Preisfindung mit einfließen. Da das etwaige Risiko für einen Generalübernehmer mitbezahlt werden müsse, habe die Stadt ein Interesse, das Risiko so gering wie möglich zu halten.

Stadtrat Gericke geht auf den Antrag 225/16 der Fraktion der GRÜNEN ein und fragt nach der Finanzierung und einer Kostenaufstellung. Dies werde im Zuge der weiteren Planung und der Ausschreibung erstellt, erklärt BM Ilk, die entsprechenden Beträge würden in die kommenden Haushaltspläne aufgenommen.

TOP 10.1	Bericht zur Sanierung des Bildungszentrums West - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.06.2016	Vorl.Nr. 225/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Mit Bericht und Abstimmung der Vorlage 224/17 (TOP 10) ist der Antrag 225/16 der Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN erledigt.

TOP 11	Friedrich-von-Keller-Schule - Generalsanierung und Erweiterung
--------	---

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf und gibt das Wort an Herrn Weißer und Herrn Schuhmacher (beide FB Hochbau und Gebäudewirtschaft). In Bezug zum vorherigen TOP merkt Herr Weißer an, dass die Friedrich-von-Keller-Schule in Neckarweihingen in der gleichen Zeit und vom selben Architekten wie die Schulgebäude am Bildungszentrum West geplant worden seien. Beim nun vorgestellten Umbau werde das Gebäude allerdings erhalten.

Herr Schuhmacher stellt anhand einer Präsentation die Planung für die Generalsanierung der Friedrich-von-Keller-Schule Neckarweihingen vor. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Der Grundsatzbeschluss zur Sanierung sei im Februar 2016 erteilt worden. Die Planungen hätten sich seitdem verändert, so wurde der geplante Erweiterungsbau gedreht und die Planungen im Außenbereich hätten sich geändert. Es würden Fördermittel in Höhe von 1,3 oder 1,4 Mio. € erwartet. Die Bauzeit werde wohl 2,5 bis 3 Jahre dauern.

Stadtrat Braumann sieht dringenden Handlungsbedarf aufgrund des Zustands des Gebäudes und der erwarteten Bevölkerungszunahme in Neckarweihingen. Leider könne der Zeitplan nun nicht eingehalten werden. Die Umplanungen rechtfertigten aus seiner Sicht nicht die Verzögerung. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass keine weiteren Verzögerungen auftreten.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit findet gut, dass das Gebäude weiterhin sinnvoll genutzt werden könne. Dass durch den Um- und Neubau neue pädagogische Konzepte möglich seien, sieht sie als großes Plus der Planung. Sie fragt nach den Gründen für die Steigerung der Kostenschätzung.

Für Stadträtin Liepins sei es erfreulich, dass endlich die Planungen konkret würden. Die Hoffnung sterbe schließlich zuletzt. Immer noch halte sie das Junktim der Fraktion aufrecht, dem Neubaugebiet Schauinsland nur zuzustimmen, wenn auch die Schule endlich gebaut werde. Schließlich sei dies ein Baugebiet für junge Familien und erhöhe die Einwohnerzahl von Neckarweihingen. Sie fragt, warum der Baubeginn erst im Herbst 2018 sein solle und zeigt sich verwundert, dass eine halbjährige Verzögerung bei der Planung eine einjährige Verzögerung beim Baubeginn nach sich ziehe. Sie hält es nicht für sinnvoll, dass das Baugebiet gebaut werde, aber die Schule nicht.

Stadtrat Remmele begrüßt die Planungen und den Erhalt des Gebäudes.

Für Stadträtin Burkhardt gingen die langen Planungen nun endlich in den hoffentlich bald beginnenden Baubeginn über. Von der vielfach diskutierten „Supermarktschule“ habe man sich glücklicherweise verabschiedet. Wichtig seien die angemessene Innengestaltung der Schule und der Außenbereich, in dem möglichst keine Bäume gefällt werden sollten.

Laut Herrn Weißer habe man bei den Planungen abgespeckt, dadurch werde die Maßnahme um einiges günstiger als angenommen. Was die Bauzeit anbelangt, habe man intensive Vorplanungen zu erledigen, man bemühe sich, hier schnell zu arbeiten. Die Stadt wolle keine Versprechungen machen, die sie eventuell nicht halten könne. Bei der Grünplanung werde darauf geachtet, dass so wenig Bäume wie möglich gefällt werden müssen; nur im Baufeld, wo der Neubau entstehen soll, müssten die Bäume fallen.

Stadträtin Liepins gibt nochmals zu bedenken, dass keine weitere Verzögerung eintreten solle, was BM Ilk bestätigt. Eventuell sei ein Baubeginn Mitte 2018 möglich. Anschließend stellt BM Ilk fest, dass das Gremium Kenntnis genommen hat.

- Ergebnisse des Realisierungswettbewerbes
 - Information zum weiteren Planungsverfahren
-

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft Tagesordnungspunkt 12 Jägerhofkaserne auf und gibt das Wort an Herrn Kurt.

Herr Kurt (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) berichtet vom Wettbewerbsverfahren Jägerhofkaserne, das sehr spannend sei. Es gehe gewissermaßen um die Quadratur des Kreises, schließlich seien viele Anforderungen zu beachten. Die Kaserne als Zeitzeugin solle erhalten werden, es gelte, eine gewisse Dichte in der Bebauung herzustellen, preiswerte Wohnungen zu ermöglichen, Bäume und Parkraum zu erhalten. Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, stellt Herr Kurt den weiteren Zeitplan und die Ergebnisse des Preisgerichts vor. Mit den vier Preisträgern würden die Verhandlungen fortgeführt. Die Vorschläge der zwei zweiten Plätze sähen einen weitgehenden Erhalt der Substanz vor, während der dritte und vierte Platz am wenigsten den Erhalt eingeplant hätten. Diese arbeiteten allerdings mit vorgesetzten Fassaden.

BM Ilk dankt Herrn Kurt für den Bericht und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Braumann lobt den Wettbewerb und die Vielfalt der Entwürfe. Vom Erhalt bis zum Abriss sei alles dabei gewesen. Der Entwurf von Kohlmayer Oberst aus Stuttgart sei spannend, vor allem die Baukörper in der Mitte des Quartiers. Sie seien klug gesetzt, die Höhe müsste vielleicht reduziert werden. Die Fraktion werde sich für diesen Entwurf aussprechen und sei gespannt auf den weiteren Verlauf des Verfahrens.

Anfänglich sei sie skeptisch gewesen, ob der Erhalt der Bestandsgebäude möglich sei, gibt Stadträtin Steinwand-Hebenstreit an. Tatsächlich seien gute Vorschläge eingereicht worden. Die Mischung wie angedacht hält sie für sinnvoll und sie findet, dass ein kleines, schönes Quartier entstehen könne. Den Entwurf von Kohlmayer Oberst halte sie für etwas ganz besonderes.

Stadtrat Juranek gibt an, dass die Aufgabenstellung sehr komplex und schwierig gewesen sei. Die Preisträger hätten alle die Blockrandbebauung gestärkt und den Innenhof gut gestaltet. Den einen zweiten Preis des Tübinger Büros hält er für am ausgewogensten und dieser kontrastiere historische Reminiszenzen und moderne Akzente am besten. Die ungewöhnlichen Kubaturen beim anderen zweiten Preis wirken auf ihn brutal und aufgesetzt, die 8-Geschossigkeit sei zu wuchtig im Innenhofbereich.

Interessant sei die Symbiose aus Alt und Neu beim zweiten Preis des Tübinger Büros, gibt Stadtrat Rothacker an. Die Entwürfe des anderen zweiten Preises hält er für zu außergewöhnlich für Ludwigsburg.

Laut Stadträtin Burkhardt sei es nicht leicht, ein ganzes Quartier zu entwickeln. Sie bekennt, mit keinem der vier Preisträger-Entwürfen zufrieden zu sein und neugierig auf die Weiterentwicklung der Pläne zu sein.

BM Ilk und Herr Kurt danken für die Stellungnahmen der Fraktionen und erklären, sich auf die abschließende Jurysitzung zu freuen.

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft den Tagesordnungspunkt 13 auf. Das Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg – INKAS – werde in regelmäßigen Abständen dem Gremium vorgestellt. Er stellt fest, dass auf detaillierten Sachvortrag verzichtet wird, und eröffnet die Fragerunde.

Die Stadträte Braumann, Liepins, Rothacker und Link stellen daraufhin Fragen zu einzelnen Projekten, die im Folgenden beantwortet werden. Sie betrachten die Projektzusammenstellung positiv und sprechen ihr Lob für die beteiligten Fachbereiche aus.

BM Ilk gibt an, dass beim Neubau der Mensa in der Gartenstraße 14 die Stadt den Verzicht auf die einjährige Verjährung erklärt habe. Insofern müsse man sich dem Gerichtsentscheid beugen.

Frau Schmidtgen (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) berichtet, dass am Alten Schulhaus in Poppenweiler der Gehwegbau abgeschlossen sei und dass der Weg so auch funktioniere. Dies habe die Verwaltung mehrmals geprüft. Die aktuellen Arbeiten am Kreisverkehr Aldinger Straße seien die Breitbandverlegungen der SWLB. Der weitere Zeitplan für den Bau des Kreisverkehrs sieht vor, im August/September modifiziert auszuschreiben und im Oktober die Vergabe durchzuführen. Den Baubeginn strebe die Stadt dann im kommenden Frühjahr an. Während der Baustellenphase werde der Verkehr wohl zeitweise einspurig geführt und ggf. auch umgeleitet, d.h. es müsse mit Behinderungen im Zuge der Bauarbeiten gerechnet werden.

Herr Weißer (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erklärt, dass der Zeitplan beim Goethegymnasium vorsehe, Ende dieses Jahres fertig zu sein. Die bis dahin sich im Umbau befindlichen Räume werden durch Räume des 2. Bauabschnittes kompensiert. Wo genau sich die Fachklassenräume 208 und 211 befinden, wolle Herr Weißer im nächsten BTU berichten. Bei der Halle Hoheneck liege man mit den Bauarbeiten im Zeitplan. Der Generalübernehmer arbeite vor allem mit Fertigteilen.

Beratungsverlauf:

BM Ilk informiert in Bezug auf den Tagesordnungspunkt 14, dass die verschiedenen Anträge der Fraktionen zur Toilettensituation auf dem Akademiehof abgearbeitet worden seien und nun dem Ausschuss darüber berichtet werden könne. Er stellt fest, dass auf Sachvortrag verzichtet werden könne und eröffnet sodann die Fragerunde.

Stadträtin Burkhardt möchte wissen, wie sich die Situation am Akademiehof jetzt im heißen Sommer darstelle.

Stadtrat Braumann gibt an, dass die öffentlichen Toiletten in Ludwigsburg immer wieder Anlass zu Klagen gäben. Aus der Bevölkerung erhalte er die Rückmeldung, dass sie nicht geöffnet oder verschmutzt seien. Die „netten Toiletten“, die es in Ludwigsburg gibt, seien oft schlecht zu finden. Der Entwurf, den die Verwaltung in der Vorlage vorstellt, gefalle der Fraktion. Ein weiteres Café einzurichten, wie in einem Antrag gefordert, könnte eine Möglichkeit sein, die soziale Kontrolle auf dem Platz herzustellen. Es solle dabei allerdings der Charakter des Akademiehofs erhalten bleiben.

Stadträtin Dr. Knoß hält die vorgeschlagene Planung für eine gute Sache. Sie hält die Öffnungszeiten bis 24 Uhr und freitags und samstags bis 2 Uhr in der Nacht für zu kurz. Jüngere Leute würden viel länger feiern. Sie wünscht sich eine bessere Kennzeichnung der öffentlichen Toiletten in Ludwigsburg und weist darauf hin, die Beschilderung dezent zu gestalten.

Öffentliche Toiletten seien in Ludwigsburg nicht immer leicht zu finden, gibt Stadträtin Liepins an. Die Problematik mit den Öffnungszeiten und der Reinigung sei allen bekannt. Die Öffnungszeiten der Toiletten auf dem Akademiehof seien ihr bekannt und sie fragt, ob die Toiletten hingegen tatsächlich geöffnet sind und wie es mit den Vandalismusschäden aussehe.

Laut Stadtrat Rothacker können sich diejenigen, die es noch nie erlebt haben, nicht vorstellen, wie es auf dem Akademiehof zugehe. Viele würden kurz vor 22 Uhr mit gekauftem Alkohol auf den Akademiehof gehen und lange dort feiern. Ein Café würde seiner Meinung nach den Akademiehof in seiner jetzigen Form zerstören. Öffentliche Toiletten länger als 2 Uhr nachts zu öffnen, hält er für keine gute Idee, die Toiletten seien dann ständig vandalisiert. Er stellt klar, dass die „netten Toiletten“ von den Gastronomen und Geschäftsinhaber zur Verfügung gestellt würden. Diese hätten die soziale Kontrolle über die Toilettennutzer. Die neue Toilettenanlage am Akademiehof sieht er positiv, auch die Öffnungszeiten hält er für in Ordnung. Als Toilettenmodelle plädiert er für Edelstahltoiletten wie an französischen Autobahnraststätten. Diese seien robust und leicht zu reinigen.

Herr Weißer (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erklärt, dass zuletzt die Hinterlassenschaften in den Treppenhäusern der Tiefgarage so zugenommen hätten, dass sich die Bausubstanz begann aufzulösen. Die Aufwendungen für vandalismussichere Toiletten seien groß. Es sei unvorstellbar, wie mit den Toiletten umgegangen werde, deshalb habe man die Öffnungszeiten bewusst beschränkt. Herr Weißer verzichtet darauf, im Ausschuss Bilder davon zu zeigen. Mit den Reparaturen von Vandalismusschäden komme die Stadt kaum nach, deshalb seien die Toiletten momentan geschlossen. Für die Reinigungskräfte sei das keine leichte Aufgabe.

BM Ilk betont, dass es der Stadt wichtig sei, die Toiletten funktionabel zu halten.

TOP 14

Akademiehof - Machbarkeitsstudien 2014 - 2016

Vorl.Nr. 250/17

- Öffentliche WC-Anlage / Option Kiosk
- Café, Schulungsräume, WC-Anlage
- Standortsuche Provisorium WC-Anlage

Stadträtin Burkhardt stellt klar, dass die Idee, ein Café einzurichten, von der Akademie selbst gekommen sei. Dieses könne für eine Sozialkontrolle im Hof wichtig sein. Aus ihrer Sicht sei fraglich, ob ein weiteres Café an der Mathildenstraße etwas bringe und ob es dort nicht schon genug Cafés gebe. Sie stellt die Frage, ob die Lösung Toilettenmänner sein könnten.

Laut Stadtrat Rothacker solle der Schaden so klein wie möglich gehalten werden. Das Publikum auf dem Akademiehof suche sich gegebenenfalls seinen Raum und weiche auf andere Gebiete aus.

Stadtrat Braumann sieht als einzig gangbaren Weg die französischen Autobahntoiletten an, was BM Ilk in die weiteren Überlegungen mit einbeziehen wolle.

Stadträtin Dr. Knoß regt an, zusätzliches Personal für die Sicherheit und gleichzeitig als Toilettenpersonen einzustellen. Auf die Frage nach den aktuellen Reparaturkosten antwortet Herr Weißer, dass die jährlichen Betriebskosten 11.000 € betragen.

BM Ilk stellt fest, dass das Gremium von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen habe und dass damit die darauf bezugnehmenden Anträge Nr. 133/15 der Freien-Wähler-Fraktion, 256/15 von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und der interfraktioneller Antrag 154/15 erledigt seien. Es werde im Ausschuss über die weiteren Entwicklungen berichtet.

TOP 14.1	Errichtung einer Toilettenanlage auf dem Akademiehof - Antrag der FW-Fraktion vom 10.04.2015	Vorl.Nr. 133/15
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 14.

TOP 14.2	Lebenswerte Innenstadt, sauberes Stadtbild, Toilettenmöglichkeit auf dem Akademiehof - interfraktioneller Antrag vom 20.04.2015	Vorl.Nr. 154/15
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 14.

TOP 14.3	Theaterakademie Ludwigsburg - Antrag von Stadträtin Elga Burkhardt (LUBU) vom 17.06.2015	Vorl.Nr. 256/15
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 14.

TOP 15	Radschnellweg nach Stuttgart – Machbarkeitsstudie - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2017	Vorl.Nr. 108/17
--------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft Tagesordnungspunkt 15 auf, hier gehe es um einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/GRÜNEN zu einer Machbarkeitsstudie eines Radschnellwegs. Auf eine Begründung des Antrags verzichtet die Fraktion. BM Ilk bittet Herrn Behnsen um Stellungnahme.

Herr Behnsen (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) berichtet zum aktuellen Sachstand der Planungen für einen Radschnellweg. Just einen Tag, nachdem der Antrag bei der Stadtverwaltung eingegangen ist, sei eine Besprechung im Landratsamt mit den Nachbarkommunen und dem Landkreis anberaumt gewesen. Mittlerweile habe eine zweite Projektsitzung mit den Kommunen Bietigheim-Bissingen, Kornwestheim, Stuttgart, und Vertretern des Landkreises stattgefunden. Die Federführung liege beim Landratsamt Ludwigsburg, die Stadt begleite aktiv den Prozess. Man habe Kontakt zu anderen Kommunen in Europa aufgenommen, die bereits einen Radschnellweg gebaut haben. Die Projektgruppe arbeite gut zusammen und bringe die Arbeit für eine Machbarkeitsstudie gut voran.

Stadtrat Gericke erinnert daran, dass das Land eine Förderung von 80 % für Machbarkeitsstudien in Aussicht stelle. Er fragt nach einem groben Zeitplan der weiteren Schritte.

Lt. Herrn Behnsen sei ein detaillierter Anforderungskatalog in der Abstimmung untereinander. Im Anschluss gehe der abgestimmte Katalog an verschiedene Büros und es finde die Vergabe statt. Man rechne im Laufe des Jahres mit Ergebnissen.

Man stehe einem Radschnellweg positiv gegenüber, gibt Stadtrat Braumann an. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Straßenkapazität, insbesondere die der B 27 und insgesamt der motorisierte Individualverkehr nicht eingeschränkt werde.

Dies wolle man vermeiden, erklärt Herr Behnsen. Zusammen mit den Nachbarkommunen habe man die Standards bewusst hoch angesiedelt, um attraktive Radschnellwege zu bekommen und eine Vermischung zu vermeiden.

Stadtrat Gericke fragt, ob man schon eine grobe Linienführung benennen könne. Mit der Solitudeallee gebe es bereits eine direkte Verbindung, nur führe sie an wichtigen Punkten vorbei. Es sei vorstellbar, landwirtschaftlich genutzte Wege, auch mit Abstand zur B 27 dafür vorzusehen. Es werde aus seiner Sicht auf eine Direttissima-Lösung hinauslaufen.

Herr Behnsen antwortet, dass man auch Feldwege mitdenke. Er gibt zu bedenken, dass es für die verschiedenen Wege auch immer unterschiedliche Bedürfnisse gebe. Feldwege könnten bspw. vor allem im Herbst verschmutzt sein. Die Projektgruppe gehe mit einem offenen Geist an die weiteren Schritte heran und habe nicht nur die bestehenden Achsen für einen Radschnellweg im Blick.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgetragen werden, stellt BM Ilk fest, dass der Antrag 108/17 der GRÜNEN-Fraktion somit erledigt ist.

Er dankt für die konstruktive Sitzung und merkt an, dass eine umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet worden sei. BM Ilk schließt daraufhin die BTU-Sitzung.